

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 17/2808)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 22.01.2015

**Norddeutsche Allianz für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024 beziehungsweise 2028**

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/2808

Der Landtag hat in seiner 56. Sitzung am 22.01.2015 folgende EntschlieÙung angenommen:

**Norddeutsche Allianz für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024 beziehungsweise 2028**

Die grundsätzliche Entscheidung, dass sich Deutschland erneut um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele bewerben wird, wurde auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) am 6. Dezember 2014 getroffen. Über die deutsche Bewerberstadt für die Spiele 2024 beziehungsweise 2028 wird der DOSB am 21. März 2015 entscheiden.

Olympische Spiele bieten große Chancen, neue Impulse für die Sportlandschaft in Deutschland und über den Sport hinaus zu setzen. Vor dem Hintergrund der kritischen Diskussionen über das Konzept des IOC ist es zu begrüßen, dass Hamburg mit seiner Bewerbung deutlich macht, dass es für nachhaltige und finanzierbare Olympische Spiele steht. Die Hamburger Wirtschaft ist bereit, sich hälftig an den Kosten der Imagekampagne zu beteiligen. Hamburg selbst peilt an, die Schuldenbremse trotz Olympiabewerbung einzuhalten.

Das Land Niedersachsen begrüßt eine deutsche Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele und die Paralympischen Spiele. Hamburg bietet mit seinem nachhaltigen Konzept der Spiele am Wasser im Herzen der Stadt großartige Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb mit anderen Bewerbern zu bestehen. Von Hamburgs Bewerbung kann auch Niedersachsen stark profitieren. Im Hamburger Konzept sind bereits niedersächsische Sportstätten für olympische Wettbewerbe einbezogen. Für den Leistungs- und Breitensport in Niedersachsen für Menschen ohne und mit Behinderungen werden positive Impulse erwartet. Der Sport leistet viel, um die Ziele von Inklusion und Barrierefreiheit schneller und mit höherer Akzeptanz zu erreichen. Sport ist ein wichtiger Integrationsfaktor mit enormer gesellschaftlicher Bindungswirkung.

Die Nachhaltigkeit und die verbundene Folgenutzung von Sportstätten nehmen zunehmend eine zentrale Rolle bei der Planung sportlicher Großereignisse ein und sind für die Akzeptanz in der Bevölkerung notwendig. Die Einbeziehung niedersächsischer Sportstätten ermöglicht genau diese sinnhafte Nutzung vorhandener Sportinfrastruktur und den Verzicht auf kostspielige Neubauten in Hamburg.

Niedersachsen hat u. a. mit den Standorten Garlstorf (Landkreis Harburg, Schießen), Luhmühlen (Landkreis Harburg, Vielseitigkeitsreiten), Hannover (Fußball, Basketball, Rollstuhlbasketball), Wolfsburg und Braunschweig (beide Fußball) sowie der Nordseeküste bei Cuxhaven (Segeln) erstklassige Sportstätten, die olympiareif sind. Auch für den Olympiastützpunkt Hannover sind positive Impulse zu erwarten. Ein olympisches und paralympisches Heimspiel wäre für niedersächsische Athletinnen und Athleten die Erfüllung eines Lebensstraums.

Auch für die Tourismuswirtschaft im niedersächsischen Umland Hamburgs bietet Olympia viele Chancen. In den Hamburger „Perspektiven für eine Olympiabewerbung“ wird explizit mit Beherbergungskapazitäten im Hamburger Umland kalkuliert. Ebenso können auch die niedersächsische Wirtschaft und deren Beschäftigte insgesamt profitieren.

Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger ist für erfolgreiche Spiele unabdingbar. Dafür ist eine transparente und frühzeitige Bürgerbeteiligung wichtig. Der Hamburger Senat und der DOSB haben angekündigt, dass die Zustimmung in einer größeren Umfrage Ende Februar in den Bewerberstädten den Ausschlag geben soll, welche deutsche Stadt als Bewerber ins Rennen beim IOC geht. In Hamburg zeichnet sich ein Rückhalt in der Bevölkerung für das Bewerbungskonzept ab.

Eine solide finanzierte Bewerbung, in der soziale, ökologische und regionalplanerische Gesichtspunkte integriert sind, ist geeignet, nicht nur die Zustimmung der Hamburgerinnen und Hamburger zu erhalten, sondern auch Vertrauen in die Durchführung von Sportgroßereignissen zurückzugewinnen. Ein Wettbewerb um die beste Bewerbung ist gut, darf aber nicht zu einem Überbietungswettbewerb in Steuerfragen zulasten der deutschen Steuerzahler führen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landtag:

1. Der Landtag befürwortet grundsätzlich eine deutsche Bewerbung für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele.
2. Der Landtag begrüßt insbesondere die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele.
3. Der Landtag begrüßt die Absicht des Hamburger Olympiaplanungsteams, auch die benachbarten norddeutschen Bundesländer für einzelne Sportarten konzeptionell einzubinden.
4. Sofern der DOSB der Hamburger Bewerbung den Zuschlag erteilt, wird die Landesregierung gebeten, konkrete Gespräche mit den Verantwortlichen der Freien und Hansestadt Hamburg und des DOSB über die Einbindung niedersächsischer Sportstätten in das weitere Bewerbungsverfahren beim Internationalen Olympischen Komitee zu führen. Die Landesregierung wird gebeten, sich bei eventuell erforderlichen, nachhaltigen Investitionen in die Sportinfrastruktur in Niedersachsen und deren verbesserte Anbindung zu beteiligen und sich für entsprechende Zuwendungen stark zu machen.
5. Die Landesregierung wird bei einer deutschen Bewerbung mit Hamburg als Ausrichter aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die niedersächsischen Sportstätten und Austragungsorte im Rahmen der Gesamtbewerbung und bei einer möglichen begleitenden niedersächsischen Imagekampagne angemessen präsentiert werden. Ferner wird die Landesregierung gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass bei den Spielen Nachhaltigkeit, ökologische Verträglichkeit und Zukunftsfähigkeit im Sinne sinnvoller Nachnutzung zum Tragen kommen.
6. Die Landesregierung wird gebeten, den Landtag laufend und umfassend über den Sachstand der Olympiabewerbung zu informieren. Potenzielle und tatsächliche Kosten und Nutzen für das Land Niedersachsen sollen stets transparent dargestellt werden.
7. Der Landtag nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass Hannover und Wolfsburg als Austragungsorte Teil der Berliner Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele 2024 beziehungsweise 2028 sind. Im Falle einer DOSB-Entscheidung für Berlin wird die Landesregierung gebeten, sich für die weitere konzeptionelle Einbeziehung dieser und weiterer Sportstätten Niedersachsens einzusetzen.